

Rohstoffe, Migration, Sicherheit

Partnerpotenziale am
Golf von Guinea



birgt bislang unterschätzte politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Potenziale. Die Küstenstaaten am Golf von Guinea verfügen über vergleichsweise stabile Institutionen, Kooperationsbereitschaft und langfristige Entwicklungsperspektiven, die über eine reine Krisenlogik hinausgehen.

/ Eine strategische Neuausrichtung weg vom Sahel eröffnet Handlungsspielräume in Sicherheit, Handel, Energie, Bildung und Migration. Während sich Kooperationen im Sahel verengen, bleiben sie in den Küstenstaaten belastbar und präventiv gestaltbar.

/ Ghana fungiert als demokratischer Stabilitätsanker mit sicherheitspolitischer Relevanz, wachsendem Digital- und Pharmasektor sowie Fachkräftepotenzial. Côte d'Ivoire entwickelt sich zum wirtschaftlichen Motor der Region mit hohen Wachstumsraten, Investitionschancen und industriellen Ambitionen. Liberia und Sierra Leone gewinnen durch Rohstoffvorkommen und Lieferkettendiversifizierung an strategischer Bedeutung. Eine kohärente Westafrika-Strategie könnte Sicherheit, Wirtschaft sowie Entwicklung enger verzahnen und langfristige Partnerschaften etablieren, bevor sich Kooperationen mit anderen geopolitisch relevanten Akteuren dauerhaft verfestigen.



Dr. Stefanie Brinkel – ist Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Abidjan.



Anna Lena Sabroso-Wasserfall – ist Leiterin des Auslandsbüros Ghana der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Accra.

/ Bei der Debatte um die Diversifizierung internationaler Partnerschaften werden die Potenziale in Europas südlicher Nachbarschaft nach wie vor unterschätzt. Bereits die geografische Nähe zu Westafrika legt nahe, dass Herausforderungen und Entwicklungspotenziale beider Regionen eng miteinander verflochten sind und politische, wirtschaftliche sowie sicherheitspolitische Dynamiken wechselseitige Auswirkungen entfalten. Dennoch sind die deutsche und die europäische Perspektive auf Westafrika vielfach noch von einer doppelten Verkürzung geprägt: Einerseits dominiert der Fokus auf Krisendynamiken, fragile Staatlichkeit und sogenannte *shrinking spaces*; andererseits richtet sich der Blick auf wirtschaftliche Potenziale nahezu ausschließlich auf Nigeria als vermeintlichen regionalen „Wirtschaftsgiganten“. Eine solche Perspektive verstellt jedoch den Blick auf die Staaten des Golfs von Guinea, obwohl viele von ihnen auf Jahrzehnte vergleichsweise stabiler demokratischer Entwicklung, wirtschaftlichen Wachstums sowie außenpolitischer Offenheit und Kooperationsbereitschaft zurückblicken können.

Deutschland ist nicht das einzige Land mit wachsendem Interesse am Golf von Guinea. Im Bild: Im Hafen von Pepel in Sierra Leone wird ein Schiff mit Eisenerz beladen, bevor es nach China aufbricht.
Foto: © Xinhua, Imago.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zunehmend die strategische Frage, ob und in welcher Form eine Neuausrichtung deutscher und europäischer Westafrika-Politik erforderlich ist. Eine mögliche Antwort liegt in einer bewussten Perspektiverweiterung: weg von einer nahezu exklusiven Konzentration auf den Sahel und die dortige sicherheits- und ordnungspolitische Abwärtsspirale, hin zu einer differenzierteren Betrachtung Westafrikas insgesamt – insbesondere der Küstenstaaten am Golf von Guinea. Während sich die politischen und sicherheitspolitischen Handlungsspielräume für internationale Kooperation im Sahel in den vergangenen Jahren erheblich verengt haben, bestehen sie in den Staaten des Golfs von Guinea weiterhin in hohem Maße fort. Dies betrifft die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, wirtschaftliche Beziehungen, Handels- und Investitionspotenziale, Energie- und Rohstoffpartnerschaften sowie Kooperationen in den Bereichen Bildung und Fachkräftemigration.

Staaten wie Ghana, Côte d’Ivoire, Liberia und Sierra Leone verfügen – trotz bestehender struktureller und regierungsführungsbezogener Herausforderungen – über vergleichsweise stabile politische Systeme, wirtschaftliche Dynamik und eine ausgeprägte Offenheit gegenüber internationalen Partnerschaften. Vor dem Hintergrund einer zunehmend multipolaren Weltordnung sowie der Notwendigkeit Deutschlands und Europas, außenwirtschaftliche und sicherheitspolitische Beziehungen breiter zu diversifizieren, gewinnen diese Staaten damit an strategischer Relevanz. Sie bieten Ansatzpunkte für Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, die nicht primär auf kurzfristige Krisenbewältigung oder Stabilisierung abzielen, sondern auf den Aufbau langfristiger Resilienz, wirtschaftlicher Entwicklung sowie gemeinsamer Interessen und normativer Bezugspunkte, wie Verfassungsstaatlichkeit, Demokratie, freiheitliche Grundrechte und eine marktwirtschaftliche Ausrichtung.

Der Zeitpunkt für eine solche strategische Neujustierung erscheint günstig. In vielen Küstenstaaten sind die strukturellen Voraussetzungen für eine vertiefte Kooperation grundsätzlich vorhanden, während zugleich das politische Interesse an internationaler Zusammenarbeit hoch bleibt. Parallel dazu intensiviert sich jedoch der Wettbewerb externer Akteure wie China, Indien, Russland, der Golfstaaten und der Türkei um politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Einfluss in der Region. Gleichzeitig nimmt der sicherheitspolitische Druck aus den Sahelstaaten spürbar zu. Gerade deshalb erscheint es geboten, bestehende Kooperations- und Einflussmöglichkeiten frühzeitig zu nutzen, bevor sich auch in den Küstenstaaten politische und sicherheitspolitische Verwerfungen nachhaltig verfestigen.

Andererseits wäre es verkürzt, die Region ausschließlich aus einer Chancensperspektive zu betrachten. Defizite in der Regierungsführung wie eine unverhältnismäßig starke Exekutive, schwache staatliche Institutionen oder weitverbreitete Korruption, infrastrukturelle Engpässe, soziale Ungleichheiten sowie der Einfluss externer Akteure stellen erhebliche Herausforderungen dar, die eine differenzierte und kontextbezogene Analyse erforderlich machen.

”
Staaten wie
Ghana, Côte
d’Ivoire, Liberia
und Sierra Leone
verfügen über
vergleichsweise
stabile politische
Systeme.

Treffen der Präsidenten Westafrikas und der Sahelzone in Ghana Anfang 2026. Der ghanaische Präsident John Dramani Mahama fordert mehr Solidarität, um eine geeinte Front im Kampf gegen den Terrorismus und andere Gewalttaten zu gewährleisten.
Foto: © Xinhua, Imago.



Ghana – Stabilitätsanker mit regionaler Strahlkraft

Ghana gilt seit Jahrzehnten als einer der verlässlichsten demokratischen Ankerstaaten Westafrikas. Seit dem Übergang zur Vierten Republik im Jahr 1992 hat das Land mehrere friedliche Machtwechsel erlebt und sich durch stabile Institutionen, eine aktive Zivilgesellschaft sowie eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz demokratischer Verfahren ausgezeichnet.^[1] Diese Kontinuität verleiht Ghana nicht nur innenpolitische Stabilität, sondern macht das Land zugleich zu einem verlässlichen und berechenbaren Partner in einer Region, die vielerorts von politischen Umbrüchen geprägt ist. Ghana pflegt traditionell enge Beziehungen zu Europa und den USA, engagiert sich aktiv in regionalen und multilateralen Strukturen wie der Economic Community of West African States (ECOWAS) und tritt regelmäßig als Vermittler sowie als bedeutender Stabilitätsfaktor in der Region auf. Initiativen wie die Accra Initiative verdeutlichen, dass das Land aktiv an der regionalen Sicherheitsarchitektur mitwirkt und wichtige politische Impulse in die regionale Dynamik einbringt. Auch auf multilateralen Ebene – etwa mit Blick auf den Vorsitz der Afrikanischen Union im kommenden Jahr – unterstreicht Ghana diesen Anspruch. Die außenpolitische Offenheit des Landes spiegelt sich zudem in einer hohen Bereitschaft wider, internationale Partnerschaften pragmatisch und interessengeleitet auszubauen, sei es bei wirtschaftlicher Entwicklung und Handel, Infrastruktur oder der Sicherheitspolitik. Vor allem letztere ist in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus gerückt – und dies aus gutem Grund.

Westafrika gilt gegenwärtig als Hotspot terroristischer Gewalt – eine Entwicklung, die sich bereits seit Längerem abzeichnet.^[2] Die Dynamik konzentriert sich nach wie vor überwiegend auf die Sahelstaaten – in denen sich mittlerweile nahezu die Hälfte aller globalen terrorismusbedingten Todesfälle verzeichnen lässt – sowie auf Nigeria, doch die Ausstrahlungseffekte reichen längst in die (anderen) Küstenstaaten hinein.^[3] Vor allem in den nördlichen Landesteilen von Côte d’Ivoire lassen sich seit Jahren wachsende Aktionsräume und steigende Gewalttaten extremistischer Akteure beobachten, während Ghana, Liberia und Sierra Leone bisher kaum oder gar nicht von diesen Prozessen betroffen sind. Dadurch rückt die Region auch mit Blick auf ihre sicherheitspolitische Relevanz in unmittelbare Nähe Europas. Für Deutschland ergibt sich daraus eine doppelte Herausforderung: Zum einen geht es um klassische Sicherheitsfragen im engeren Sinne, etwa die Ausbreitung terroristischer Netzwerke und ihrer Aktivitätsräume. Zum anderen sind diese Entwicklungen eng mit organisierter Kriminalität verknüpft – insbesondere mit dem internationalen Drogenhandel. Westafrika fungiert mittlerweile als zentraler globaler Transitkorridor für Drogen, vor allem für Kokain, das aus Lateinamerika über westafrikanische Häfen nach Europa geschleust wird. Dieses Problem wird in Deutschland innenpolitisch bislang nur unzureichend wahrgenommen, obwohl sich die Auswirkungen zunehmend auch im öffentlichen Raum manifestieren.

”

Die EU und Ghana haben im April 2026 einen neuen, breit angelegten Kooperationsrahmen für intensiverte Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft beschlossen.

Ghana ist von diesen Entwicklungen betroffen, bislang allerdings deutlich weniger stark als viele seiner Nachbarländer. Gerade hierin liegt jedoch die strategische Bedeutung des Landes. Trotz bestehender Schwächen in der Regierungsführung verfügt Ghana über vergleichsweise funktionale staatliche Strukturen, belastbare Sicherheitsinstitutionen sowie eine hohe gesellschaftliche Resilienz. Gleichzeitig zeigen sich jedoch auch hier erste Anzeichen einer schleichenden Ausweitung krimineller und extremistischer Netzwerke, insbesondere im Norden des Landes. Terroristische Gruppen nutzen Nordghana bereits als Rückzugsraum sowie zur Versorgung und Finanzierung – etwa über Verbindungen zum illegalen Goldabbau oder Drogenschmuggel. Für Deutschland und Europa eröffnet sich hier ein strategisches Zeitfenster, um dieser Entwicklung gemeinsam entgegenzuwirken: Anders als in den Sahelländern bestehen in Ghana weiterhin reale präventive Handlungsspielräume. Investitionen in Stabilität und Sicherheit erfolgen nicht im Krisenmodus, sondern können vorausschauend und stabilisierend ansetzen. Deutschland engagiert sich bereits in verschiedenen Bereichen – vom Auf- und Ausbau militärischer Infrastruktur und Beratungsleistungen über die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden wie Polizei und Grenzschutz bis hin zur zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilisierung. Auch die EU hat im April 2026 einen neuen, breit angelegten Kooperationsrahmen für eine intensiverte Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der ghanaischen Regierung beschlossen. Dieser soll sich unter anderem auf die Bereiche Terrorismusbekämpfung, (regionale) Frühwarnsysteme, Grenzschutz sowie Regierungsführung und Friedensförderung konzentrieren. Unterstützung in diesen Bereichen bleibt notwendig: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind struktureller Natur und dürften sich in den kommenden Jahren eher verstärken als abschwächen. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Kapazitätsdefizite bei Ausstattung, Ausbildung und Koordination der ghanaischen Sicherheitsakteure, insbesondere im Grenzraum und im ländlichen Raum. Ohne kontinuierliche externe Unterstützung besteht die Gefahr, dass sich bestehende Schwachstellen verfestigen und präventive Handlungsspielräume verloren gehen.

Jenseits der sicherheitspolitischen Kooperation ist unbestritten, dass Ghana auch über wirtschaftliches Potenzial verfügt. Dessen Ausschöpfung bleibt allerdings aufgrund struktureller Herausforderungen und einer entwicklungshemmenden politischen Zyklik bislang begrenzt. Die ghanaische Regierung verfolgt jedoch ambitionierte Ziele und möchte das Land in neuen, zukunftssträchtigen Branchen als Schlüsselstandort für die Region – und darüber hinaus – etablieren. So existiert beispielsweise eine klare, mehrstufige Strategie, um Ghana zu einem westafrikanischen Digital Hub auszubauen, der unter anderem KI als strategischen *Leapfrog*-Hebel^[1] nutzen soll. In Kooperation mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde erst kürzlich eine nationale KI-Strategie entwickelt und

[1] Leapfrogging (auf Deutsch oft: Entwicklungssprung, Überspringen von Entwicklungsstufen) bezeichnet den Prozess, bei dem Länder oder Regionen bestimmte technologische oder wirtschaftliche Entwicklungsphasen auslassen und direkt neuere Technologien oder Systeme übernehmen.



Historischer Pakt: Im März 2026 unterzeichneten die EU und Ghana in Accra ein wegweisendes Sicherheits- und Verteidigungsabkommen. Besiegelt wurde es von EU-Außenbeauftragter Kaja Kallas und Ghanas Vizepräsidentin Naana Jane Opoku-Agyemang, um die Region vor der Ausbreitung des Terrorismus zu schützen. Foto: © Xinhua, Imago.

vorgestellt. Auch wenn deren Umsetzung angesichts zahlreicher Herausforderungen – insbesondere in der Strom- und Internetversorgung – derzeit noch begrenzt erscheint, markiert dieser Ansatz potenzielle Zukunftsfelder für die bilaterale Zusammenarbeit. Für deutsche Akteure eröffnet sich hier die Möglichkeit, frühzeitig in entstehende digitale Ökosysteme einzusteigen und diese aktiv mitzugestalten. Ghana verfolgt darüber hinaus ambitionierte Pläne, sich als überregionales Produktions- und Distributionszentrum für Impfstoffe und Medikamente zu positionieren. Deutschland unterstützt diesen Aufbau unter anderem im Rahmen von „Team Europe“ bereits maßgeblich, zum Beispiel über GIZ-Programme wie „PharmaVax Ghana“.^[4]

Ein entscheidender Faktor, der diese wirtschaftlichen Ambitionen zusätzlich untermauert, ist das vergleichsweise hohe Bildungsniveau der ghanaischen Bevölkerung. Ghana verfügt über ein gut ausgebauten Bildungssystem, den kostenfreien Zugang zu weiterführenden Schulen sowie eine vielfältige Hochschullandschaft mit zahlreichen Universitäten und spezialisierten Studiengängen. Dadurch entsteht ein wachsender Pool qualifizierter Fachkräfte, der nicht nur für den Aufbau eigener Industrien von

zentraler Bedeutung ist, sondern zunehmend auch in einem erweiterten internationalen Kontext betrachtet wird.^[5] In diesem Zusammenhang rückt Ghana zudem als potenzieller Partner im Bereich qualifizierter Arbeitsmigration verstärkt in den Fokus. In den vergangenen Jahren ist das Interesse an Arbeits- und Ausbildungsmigration nach Deutschland deutlich gestiegen, ebenso die Nachfrage deutscher Unternehmen nach geeigneten Fachkräften. Erste Erfahrungen zeigen, dass ghanaische Fachkräfte in Deutschland sehr gut integriert werden können und von Unternehmen durchweg positiv bewertet werden. Dennoch bleibt die tatsächliche Vermittlung bislang aufwendig und nur begrenzt skalierbar. Neben Defiziten in der praxisorientierten Ausbildung stellen insbesondere Sprachvermittlung, Anerkennungsverfahren und Visaprozesse zentrale Hürden dar. Eine bessere personelle Ausstattung sowie weitere Prozessoptimierungen wären notwendig, um bestehende Programme tatsächlich zu skalieren. Genau in dieser Skalierung liegt das eigentliche Potenzial, um bestehendes Interesse in reale Mobilität zu überführen: Migration könnte hier potenziell als gegenseitig vorteilhafter Prozess verstanden werden, der sowohl dem deutschen Arbeitsmarkt als auch der wirtschaftlichen Entwicklung Ghanas zugutekäme.

Côte d'Ivoire – dynamischer Wirtschaftsmotor des Golfs von Guinea

Während Ghana insbesondere als demokratischer Stabilitätsanker und sicherheitspolitischer Partner an Bedeutung gewinnt, entwickelt sich Côte d'Ivoire zunehmend zum wirtschaftlichen Kraftzentrum des Golfs von Guinea. Damit steht das Land exemplarisch für jene wirtschaftlichen Chancen, die in der deutschen und europäischen Westafrika-Perspektive bislang noch zu wenig wahrgenommen werden. Côte d'Ivoire verbindet hohe Wachstumsraten, regionale Marktzugänge und erheblichen Investitionsbedarf mit einer vergleichsweise stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Nach einer schweren politischen Krise zwischen 2002 und 2011 hat das Land eine bemerkenswerte wirtschaftliche Erholung durchlaufen. Heute zählt Côte d'Ivoire mit Wachstumsraten von regelmäßig über sechs Prozent zu den dynamischsten Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents und hat sich zunehmend als wirtschaftlicher Knotenpunkt des frankofonen Westafrikas etabliert.^[6] Besonders sichtbar wird diese Entwicklung in Abidjan: Die Wirtschaftsmetropole hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Handels-, Finanz- und Logistikzentrum entwickelt und symbolisiert den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Die moderne Skyline, umfangreiche Infrastrukturprojekte und der geplante Tour F, der bis 2026 zum höchsten Wolkenkratzer Afrikas werden soll, stehen sinnbildlich für den wirtschaftlichen Gestaltungsanspruch des Landes. Gleichzeitig wächst eine urbane Mittelschicht, während innovative Unternehmen insbesondere in den Bereichen Technologie, Agrarwirtschaft und Kreativwirtschaft expandieren. Mit seinem im regionalen Vergleich großen Binnenmarkt, seiner regionalen Anbindung sowie ambitionierten Industrie- und Infrastrukturprogrammen wird Côte d'Ivoire zunehmend zu einem der attraktivsten Investitionsstandorte Westafrikas – eine Entwicklung von besonderem Interesse für Deutschland und die EU. Andere internationale Akteure haben dieses Potenzial längst erkannt: Frankreich bleibt traditionell einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner des Landes, während China seine Präsenz insbesondere im Infrastruktur- und Energiesektor in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut hat. Für deutsche Unternehmen stellt sich daher weniger die Frage, ob

Côte d'Ivoire strategische Relevanz besitzt, sondern vielmehr, wie sichtbar sie sich in einem zunehmend umkämpften Umfeld positionieren wollen. Besondere wirtschaftliche Potenziale liegen in der Agrar- und Lebensmittelverarbeitung – insbesondere bei Kakao, Cashew und Kaffee – sowie in den Bereichen erneuerbare Energien, Infrastruktur, Hafenlogistik, industrielle Verarbeitung, Digitalisierung und Berufsbildung. Für Deutschland besitzt das Land zudem strategische Bedeutung als wichtiger Lieferant für die deutsche Kakao- und Lebensmittelindustrie. Der geplante Ausbau erneuerbarer Energien bis 2030 eröffnet große Chancen für deutsche Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Solar- und Netztechnik, Speicherlösungen, Energieeffizienz sowie Wasser- und Abfallwirtschaft. Auch im Agrarsektor bestehen Potenziale, etwa im Maschinenbau und in der Agrartechnologie. Der Industrialisierungskurs des Landes erhöht zudem die Nachfrage nach dualer Ausbildung, technischer Qualifizierung und Industriepartnerschaften – Bereiche, in denen Deutschland besondere Stärken besitzt. Eine intensivierte Zusammenarbeit in diesen Bereichen könnte dabei auf der bereits existierenden Kooperation aufbauen, wie der bestehenden Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit den Schwerpunkten Waldschutz, Biodiversität, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Hinzu kommen Maßnahmen zur Förderung beruflicher Bildung, wirtschaftlicher Entwicklung und guter Regierungsführung. Deutsche Institutionen wie GIZ, KfW, Invest for Jobs, die politischen Stiftungen und die AHK begleiten diese Entwicklung aktiv. Das Goethe-Institut in Abidjan bietet zudem zielgerichtete Unterstützung für ivoirische Fachkräfte, die eine Arbeitsmigration nach Deutschland anstreben.

Die vorhandenen Potenziale und das wachsende Engagement sollen dabei jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes als auch ein verstärktes deutsches Engagement vor Herausforderungen stehen. Auf ivoirischer Seite bestehen strukturelle Defizite, die das Entwicklungspotenzial des Landes begrenzen. So existieren weiterhin große soziale Ungleichheiten, deutliche Entwicklungsunterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen sowie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem im ländlichen Raum fehlt vielerorts noch grundlegende Infrastruktur. Die formal suggerierte politische Stabilität basiert gesellschaftlich auf einer relativ geringen Beteiligung, während das Vertrauen in staatliche Institutionen begrenzt bleibt und demokratische Rückschritte zunehmen. Um einer ansteigenden Entkopplung zwischen politischer Ordnung und gesellschaftlicher Teilhabe entgegenzuwirken, sind institutionelle Reformen sowie ein stärkerer nationaler Dialog erforderlich. Mit dem Nationalen Entwicklungsplan 2026–2030 verfolgt die Regierung ambitionierte Wirtschafts- politische- und Industrieziele, um strukturelle Herausforderungen konkret anzugehen: Investitionen in Höhe von rund 175 Milliarden Euro sollen die Transformation des Landes zu einer Volkswirtschaft mit oberem mittlerem Einkommen bis 2030 beschleunigen.^[7] Auch der Markteintritt bleibt für deutsche Unternehmen nicht ohne Hürden. Eine starke Konkurrenz durch beispielsweise Frankreich und China, regulatorische Komplexität und Bürokratie sowie fehlende französischsprachige Marktkompetenz und risikoorientierte Finanzierungsmöglichkeiten stellen reale Herausforderungen für deutsches Engagement dar. Deutschlands Wettbewerbsvorteile liegen vor allem in nachhaltiger Industrieentwicklung, grüner Infrastruktur, Berufsbildung und Qualitätsproduktion. Langfristig wird entscheidend sein, ob deutsche Akteure ihre Präsenz auf dem ivoirischen Markt sichtbarer, schneller und nachhaltiger ausbauen können.



Unangefochten an der Spitze:
Die Elfenbeinküste dominiert auch
2026 den globalen Kakaoanbau –
mit über zwei Millionen Tonnen und
rund 43 Prozent Marktanteil.
Foto: © Abacapress, Imago.

Sierra Leone und Liberia – Diversifizierung von Lieferketten und Rohstoffkooperationen

Während Ghana vor allem als Stabilitätsanker und Côte d’Ivoire als wirtschaftlicher Wachstumsmotor der Region hervortritt, liegen die strategischen Potenziale Liberias und Sierra Leones in einem anderen Bereich. Beide Länder werden in Europa noch zu häufig durch die Brille ihrer vergangenen Bürgerkriege oder der Ebola-Krise wahrgenommen. Gerade hierin zeigt sich eine strukturelle Schwäche deutscher Außenwirtschaftspolitik: Potenziale werden vielfach erst erkannt, wenn andere internationale Akteure bereits langfristige Positionen aufgebaut haben – denn tatsächlich gewinnen die beiden Länder vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Konkurrenz, globaler Lieferkettenrisiken und des zunehmenden Wettbewerbs um strategische Rohstoffe erheblich an Bedeutung. Für Deutschland und Europa könnten Liberia und Sierra Leone künftig eine wichtige Rolle bei der Diversifizierung von Lieferketten und Rohstoffpartnerschaften spielen. Die EU verfolgt mit Initiativen wie dem Critical Raw Materials Act ausdrücklich das Ziel, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und resiliente Lieferketten aufzubauen.^[9] Neben bedeutenden Rohstoffvorkommen profitieren beide Länder von ihrer Lage an der westafrikanischen Atlantikküste, ihrer Einbindung in regionale Kooperationsstrukturen sowie der Verwendung des Englischen als Amtssprache, die die institutionellen und kommunikativen Voraussetzungen für deutsche Investoren verbessern kann.

Sowohl Sierra Leone als auch Liberia haben nach dem Ende der Bürgerkriege in den Jahren 2002 (Sierra Leone) und 2003 (Liberia) bemerkenswerte Fortschritte beim demokratischen Wiederaufbau erzielt. Beide Staaten weisen eine vergleichsweise stabile politische Entwicklung auf, die sich in verfassungsmäßig abgehaltenen Wahlen und friedlichen Regierungswechseln – beides sind keine Selbstverständlichkeit in der Region – sowie einer fortschreitenden Institutionalisierung staatlicher Strukturen widerspiegelt. Diese Entwicklung wird durch internationale Kooperationen und regionale Vernetzung unterstützt. Darüber hinaus unterstreicht ihr aktives Engagement in multilateralen Organisationen, insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, ihre wachsende außenpolitische Bedeutung. Gerade diese politische Stabilisierung eröffnet überhaupt erst die Möglichkeit, wirtschaftliche Potenziale und strategische Partnerschaften langfristig zu erschließen. Liberia verfolgt mit dem Nationalen Entwicklungsplan ARREST Agenda for Inclusive Development für die Jahre 2025 bis 2029 eine Strategie zur wirtschaftlichen Diversifizierung und Infrastrukturentwicklung.^[9] Obwohl der liberianische Markt häufig als klein eingeschätzt wird, besitzen Infrastrukturprojekte dort erhebliche regionale Signalwirkungen. Investitionen in Straßen, Energieversorgung oder Hafeninfrastruktur schaffen nicht nur lokale Wachstumsimpulse, sondern stärken zugleich langfristige wirtschaftliche und politische Beziehungen innerhalb der gesamten Region.^[10] Ähnliche Entwicklungen zeigen sich in Sierra Leone. Das Land verfügt über bedeutende Vorkommen an Eisenerz, Gold, Diamanten, Bauxit und insbesondere Rutil, dem wichtigsten Titanmineral. Titanrohstoffe gewinnen für Luftfahrt, Solartechnologien und Spezialstahlproduktion zunehmend an Bedeutung. Sierra Leone entwickelt sich so schrittweise zu einem aufstrebenden Frontier-Markt.^[11]

”

Die deutsche Außenwirtschaftspolitik erkennt Potenziale oft erst, wenn andere internationale Akteure bereits langfristige Positionen aufgebaut haben.

”

Die insgesamt positive Wahrnehmung Deutschlands begünstigt die Voraussetzungen für eine vertiefte Zusammenarbeit.

Wie in Ghana und Côte d'Ivoire bestehen auch in Liberia und Sierra Leone weiterhin strukturelle Herausforderungen. Dazu zählen die fortbestehende Abhängigkeit von Rohstoffexporten, Entwicklungsdefizite, begrenzte staatliche Kapazitäten sowie Herausforderungen im Bereich der guten Regierungsführung. Auch für deutsche Unternehmen stellen administrative Hürden, Visabeschränkungen, Finanzierungsfragen und mangelnde Marktkennntnisse weiterhin relevante Hemmnisse dar. Viele dieser Herausforderungen sind jedoch nicht spezifisch für Liberia oder Sierra Leone, sondern prägen – wie aufgezeigt – das wirtschaftliche Umfeld in weiten Teilen Westafrikas. Letztendlich entscheidend ist daher weniger die Frage, ob Herausforderungen bestehen, sondern, wie Deutschland und Europa mit ihnen umgehen. Gerade Liberia und Sierra Leone verdeutlichen, dass die strategische Bedeutung eines Landes nicht allein an seiner gegenwärtigen Marktgröße gemessen werden sollte, sondern zunehmend an seiner Rolle in zukünftigen Lieferketten, Rohstoffpartnerschaften und regionalen Stabilitätsarchitekturen.

Hin zu einer neuen Westafrika-Strategie für Deutschland?

Ghana, Côte d'Ivoire, Sierra Leone und Liberia stehen exemplarisch für eine breitere Entwicklung am Golf von Guinea: Potenziale sind vorhanden, politische Handlungsspielräume bestehen und das Interesse an internationalen Partnerschaften ist groß. Auch mit Blick auf den zeitlichen Horizont bieten sich jetzt konkrete Handlungsspielräume, die es zu nutzen gilt. Die eigentliche Herausforderung liegt daher weniger in mangelnden Chancen als vielmehr darin, diese rechtzeitig zu erkennen und im Folgenden konsequent zu nutzen. Ein Faktor, der die Voraussetzungen für eine vertiefte Zusammenarbeit begünstigt, ist die insgesamt positive Wahrnehmung Deutschlands in den genannten Ländern. Deutschland wird vielfach mit hoher Qualität, Verlässlichkeit, technischer Kompetenz sowie langfristiger und vergleichsweise partnerschaftlicher Zusammenarbeit verbunden. Anders als einige andere internationale Akteure wird deutsches Engagement häufig weniger als primär geopolitisch oder kurzfristig interessengeleitet wahrgenommen, sondern stärker mit beruflicher Ausbildung, guter Regierungsführung, wirtschaftlicher Entwicklung und nachhaltiger Infrastruktur assoziiert. Gleichzeitig bleibt die deutsche Sichtbarkeit im Vergleich zu anderen internationalen Partnern – insbesondere China, den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich – begrenzt. Gerade hierin liegt jedoch Potenzial: Das bestehende Vertrauen und das positive Image könnten eine wichtige Grundlage dafür bilden, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Partnerschaften gezielt auszubauen. Ob Deutschland künftig als strategischer Partner in Westafrika wahrgenommen wird, wird deswegen entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, sich bereits heute in jenen Märkten und Partnerschaften zu engagieren, die erst morgen im Zentrum geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen stehen werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich für Deutschland mehrere konkrete Handlungserfordernisse ableiten, um die Zusammenarbeit strategisch auszubauen:

1. Potenziale für eine kohärentere Westafrika-Strategie und strategische Neuausrichtung von Instrumenten nutzen

Eine eigenständige Westafrika-Strategie könnte dazu beitragen, außenwirtschaftliche, rohstoffpolitische, sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Interessen stärker zu integrieren. Bislang fehlt eine konsistente politische Gesamtstrategie für die Region. Westafrika sollte nicht länger primär als Krisen- und Migrationsraum betrachtet werden, sondern als geopolitischer Zukunftsmarkt mit wachsender globaler Bedeutung. Eine solche Strategie könnte insbesondere darauf abzielen, die Staaten der Region stärker als Stabilitäts- und Wachstumspartner zu adressieren. Für Deutschland bietet sich die Chance, neue Partnerschaften frühzeitig aufzubauen, geopolitische Konkurrenz strategisch einzuordnen und seine Rolle als wirtschaftsdiplomatischer Akteur weiter auszubauen. Gerade die genannten Staaten in Westafrika eröffnen die Möglichkeit, langfristige Zukunftspartnerschaften zu etablieren, bevor andere Akteure ihre Positionen dauerhaft festigen. Parallel dazu erscheint eine Überprüfung des deutschen Risikoansatzes in der Außenwirtschaftsförderung gegenüber westafrikanischen Märkten sinnvoll. Empirische Schadensdaten zeigen, dass die Ausfallrisiken in Subsahara-Afrika keineswegs signifikant höher sind als in anderen Schwellenregionen.^[12]

2. Ansatzpunkte für eine stärkere Verzahnung von Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik setzen

Die sicherheitspolitische Stabilisierung Westafrikas wird zunehmend zur Voraussetzung erfolgreicher Wirtschaftskooperationen. Vor diesem Hintergrund könnte eine langfristig angelegte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den genannten Staaten noch stärker mit wirtschaftlichen und entwicklungsorientierten Partnerschaften und Ansätzen verknüpft werden. Dies würde zugleich die Rolle der Küstenstaaten als regionale Stabilitätsanker stärken.

3. Präventive Partnerschaften zur Eindämmung von Drogenhandel und terroristischer Infiltration stärken

Zum gegenseitigen Nutzen könnte Deutschland seine Zusammenarbeit stärker auf die frühzeitige Unterbrechung von Verbindungen zwischen organisiertem Drogenhandel, illegalen Finanzierungsstrukturen und extremistischer Einflussnahme ausrichten. Im Mittelpunkt sollte weniger klassische Terrorismusbekämpfung im Krisenmodus stehen als der Aufbau langfristiger Resilienz. Konkrete Arbeitsfelder wären unter anderem der Ausbau gemeinsamer Kapazitäten von Polizei, Zoll, Grenzschutz und Finanzermittlungsbehörden, die stärkere Unterstützung von maritimer Sicherheit sowie Hafen- und Containerkontrollen entlang zentraler Transitrouten und die verstärkte Unterstützung bei der Aufdeckung und Bekämpfung von illegalen Finanzströmen, Geldwäsche sowie Verbindungen zwischen Drogenschmuggel, illegalem Goldabbau und extremistischer Finanzierung.

4. Perspektiven für den Ausbau von Wirtschafts-, Industrie- und Zukunftspartnerschaften schaffen

Eine stärkere Verknüpfung von Rohstoffstrategie, Industrie-, Innovations- und Infrastrukturpartnerschaften bietet erhebliches Potenzial. Vor dem Hintergrund des europäischen Critical Raw Materials Act, aber auch der zunehmenden Bedeutung digitaler Technologien, moderner Gesundheitswirtschaft und nachhaltiger Industrieentwicklung könnten langfristige Zukunftspartnerschaften gezielt ausgebaut werden. Im Mittelpunkt sollte dabei nicht allein die Rohstoffsicherung stehen, sondern der Aufbau gemeinsamer Wertschöpfungs- und Innovationsökosysteme – etwa in den Bereichen Rohstoffverarbeitung, erneuerbare Energien, Digitalisierung, Pharma- und Gesundheitswirtschaft sowie moderne Fertigungsindustrien. Die Einhaltung von Lieferkettengesetzen, Arbeitsrechten und Umweltstandards bleibt dabei ein zentraler Bestandteil solcher Partnerschaften.

5. Qualitätsorientierte Infrastrukturpolitik als strategischen Wettbewerbsvorteil nutzen

Deutschlands technologische und qualitative Wettbewerbsvorteile könnten noch stärker kommuniziert werden. In vielen westafrikanischen Staaten werden mittlerweile deutliche langfristige Qualitätsmängel chinesischer Infrastrukturprojekte sichtbar. Gleichzeitig wächst die Bereitschaft westafrikanischer Regierungen, höhere Investitionen zugunsten langlebiger und nachhaltiger Infrastruktur zu tätigen. Das hohe Ansehen von Made in Germany bietet hierfür weiterhin gute Anknüpfungspunkte.

6. Mobilität als Voraussetzung erfolgreicher Wirtschaftsdiplomatie verstehen

Die gegenwärtigen bürokratischen Verfahren stellen ein erhebliches Hemmnis für den Aufbau wirtschaftlicher Kooperationen dar. Langwierige Bearbeitungszeiten, etwa bei Visa, schwächen Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen internationalen Akteuren. Da erfolgreiche Wirtschaftsdiplomatie Mobilität voraussetzt, könnten spezielle Wirtschafts- und Investitionsvisa für afrikanische Unternehmerinnen, Unternehmer und Fachkräfte sowie beschleunigte Verfahren für Partnerstaaten in Westafrika wichtige Impulse setzen.

7. Gezielte Unterstützung des Mittelstands beim Markteintritt in westafrikanische Märkte anbieten

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen verfügen häufig nicht über ausreichende Marktkennntnisse oder institutionelle Kapazitäten für den Eintritt in westafrikanische Märkte. Bestehende Instrumente – etwa über die KfW, den Afrika-Verein oder Germany Trade & Invest – könnten daher stärker gebündelt und sichtbarer gemacht werden.

Diese Handlungsempfehlungen verdeutlichen, dass es dabei nicht um eine einfache Intensivierung bestehender Zusammenarbeit geht. Vielmehr stellt sich die Frage, ob Deutschland bereit ist, seine Westafrika-Politik strategischer, langfristiger und stärker ressortübergreifend auszurichten. Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rohstoffpartnerschaften, Mobilität sowie Entwicklungszusammenarbeit sollten dabei nicht länger als getrennte Politikfelder verstanden werden, sondern als sich gegenseitig verstärkende Elemente einer gemeinsamen regionalen Strategie. Westafrika – und insbesondere die Staaten am Golf von Guinea – ist damit nicht nur Teil europäischer Nachbarschaftspolitik, sondern zunehmend auch ein Raum strategischer Zukunftsentscheidungen. /

